



RATHAUS TELEGRAMM

ENDSPURT BEIM VOLKSBEGEHREN

Auch SPD ruft zu Volksbegehren „Rettet die Bienen“ auf – Vor Ort wird bereits für den Insektenschutz gehandelt

Noch bis zum 13. Februar läuft die Eintragungsfrist für das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“. Und trotz guter Zwischenwerte kann es am Ende auf jede Unterschrift ankommen. Deshalb ruft auch die Erlanger SPD nochmals dazu auf, das Volksbegehren zu unterstützen. Es sieht unter anderem vor, Blühwiesen und Blühstreifen zu schaffen, Biotope bayernweit zu vernetzen, die ökologische Landwirtschaft auszubauen und alle staatlichen Flächen pestizidfrei zu bewirtschaften.

„Das dramatische Insektensterben bedroht unser aller Lebensgrundlagen. Das Naturschutzgesetz muss daher mit verbindlichen Regelungen verbessert werden“, erläutert Andreas Richter, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion.

Vor Ort wird, auch auf Initiativen der SPD hin, schon im Sinne des Volksbegehrens

gehandelt. Richter erläutert: „Gemeinsam mit der Ampelkoalition haben wir die naturnahe Pflege städtischer Flächen, ein kommunales Verbot von

Glyphosat, Maßnahmen für biologische Vielfalt, die Anlage von Blühwiesen, Baumpflanzungen und einiges mehr beschlossen. Ebenso wird ein Förderprogramm für Blühstreifen aufgelegt. Zudem haben wir ein komplettes Verbot von Pestiziden auf von der Stadt verpachteten landwirtschaftlichen Flächen und die Ausweitung des Vertragsprogramms der ESTW mit den Landwirten auf eine zweite Stufe zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft beantragt.“ ■



NEUES VERKEHRSKONZEPT SORGT FÜR ENTLASTUNG DER NEUEN STRASSE

Mit einem neuen Verkehrskonzept soll der Straßenzug Neue Straße/Maximiliansplatz/Hindenburgstraße endlich deutlich vom Verkehr entlastet werden: Mit einer „unechten Einbahnstraße“ am Maximiliansplatz soll der Durchgangsverkehr abgehalten werden.

Künftig wird man den Maximiliansplatz regulär nur noch von West nach Ost durchfahren können. In die Gegenrichtung fahren dürfen nur Busse, Fahrräder und Fahrzeuge, die die Notaufnahmen der Universitätsklinik anfahren. Eingeschlossen sind dabei ausdrücklich auch Privat-

fahrzeuge, die Notfallpatientinnen oder -patienten zu den Kliniken bringen.

Auf große Zustimmung stößt das Konzept bei der SPD-Fraktion. „Hier werden Probleme angegangen, die seit Jahrzehnten immer beschrieben, aber nie gelöst wurden“, erläuterte SPD-Verkehrssprecherin Felizitas Traub-Eichhorn: „Die Belastung von Pfarrstraße, Neuer Straße und Hindenburgstraße durch den Durchgangsverkehr kennen wir seit Jahrzehnten. Jetzt liegt endlich ein Vorschlag auf dem Tisch, mit dem die Neue Straße wirksam entlastet wird und die Erreichbarkeit der Unikliniken und

Die Vorlagen aus dem Ausschuss:
https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.php?__kvonr=2131529

der nördlichen Innenstadt gewährleistet bleibt. Die Anwohnerinnen und Anwohner können endlich aufatmen.“

Von der Verkehrsplanung wird prognostiziert, dass die Verkehrsbelastung in Neuer Straße und Hindenburgstraße um über die Hälfte sinkt und auch die Pfarrstraße profitiert. Traub-Eichhorn zeigt sich überzeugt, dass dies auch wirklich eintritt: „Unsere Verkehrsplanung hat bei mehreren Maßnahmen unter Beweis gestellt, dass ihre Annahmen und Modelle die Wirkungen gut vorhersagen. Daher besteht für uns kein Grund, die beim jetzigen Verkehrskonzept ermittelten Zahlen in Frage zu stellen: Die Neue Straße wird wirksam entlastet. Da zu erwarten ist, dass nur ein Teil des Verkehrs auf die Spardorfer/Essenbacher Straße ausweichen wird, wird dieser Straßenzug durch die Veränderung nur mäßig mehr belastet.“



Neben den Anwohnerinnen und Anwohnern profitieren von der Maßnahme an der Neuen Straße auch die Notfallpatientinnen und -patienten des Universitätsklinikums: Die Notaufnahmen können weiterhin aus beiden Richtungen angefahren werden. Gleichzeitig sorgt die viel niedrigere Verkehrsbelastung der Straße dafür, dass Rettungsfahrzeuge oder auch Privat-PKWs im Notfall zu den Notaufnahmen gelangen können, ohne im Stau festzustecken. ■

GEDENKORT FÜR DIE OPFER DER „EUTHANASIE“

SPD begrüßt Planungen zur „HuPflA“

Auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt („HuPflA“) soll endlich ein Gedenkort für die Patientinnen und Patienten entstehen, die während des Nationalsozialismus dort und nach Deportation in andere Einrichtungen ermordet wurden. Darin sind sich alle Parteien im Erlanger Stadtrat einig. Neben der Stadt werden die Planungen auch vom Universitätsklinikum – das heute das Gelände der „HuPflA“ zwischen Maximiliansplatz/Hindenburgstraße und Schwabach nutzt – und dem Bezirk Mittelfranken – dessen Bezirksklinikum die Nachfolgeeinrichtung der „HuPflA“ ist – unterstützt.

In einem Beirat mit wissenschaftlicher Fachkompetenz und mit öffentlicher Beteiligung soll die Ausgestaltung des Gedenkortes diskutiert werden. Ziel ist es, nicht nur eine Gedenkstätte für die Ermordeten zu schaffen, sondern auch einen Ort, in dem die Medizingeschichte rund um die angebliche „Euthanasie“ dargestellt und aktuelle medizinethische Fragestellungen aufgegriffen werden können.

Dabei gibt es kontroverse Meinungen, ob dieser Gedenkort im letzten originalen Patientengebäude der „HuPflA“, dem sogenannten „Kopfbau“, entstehen soll. Bisher

war vom Universitätsklinikum geplant, diesen vollständig abzureißen, weil an dieser Stelle hochkarätige Forschungseinrichtungen entstehen sollen.

Mit dem Universitätsklinikum konnte nun aber ein Kompromiss in dieser Frage erzielt werden: Bis zur Entscheidung über die Gestaltung des Gedenkortes – und damit auch die Frage, ob ein Originalgebäude genutzt werden soll – wird die Universitätsklinik auf den Komplettabriss des Gebäudes verzichten. Ein Teil wird allerdings abgerissen werden, weil ohne diesen Teilabriss die nächsten Bauabschnitte für die Forschungseinrichtungen kaum realisiert werden könnten.

Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Kompromiss: Damit werde es möglich, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über unterschiedliche Möglichkeiten eines Gedenkortes für die ermordeten Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt zu diskutieren.

„Unser Ziel ist, einen angemessenen und würdigen Gedenkort zu schaffen“, so die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Dabei soll aber über das reine Erinnern hinaus auch dargestellt werden können, welche gesellschaftlichen Bedingungen die

Ermordung behinderter oder psychisch kranker Menschen ermöglicht haben. Auch für aktuelle medizinethische Fragestellungen soll Raum zur Diskussion geschaffen werden.“

„Ausdrücklich bedanken möchten wir uns beim Oberbürgermeister, der darauf hingewirkt hat, bis zu einer Entschei-

dung über die Gestaltung des Gedenkortes alle Möglichkeiten offenzuhalten. Das ist mit dem Moratorium für den Abriss gelungen. Unser Dank geht ebenso an den Klinikumsvorstand, der sich nach unserem Eindruck sehr intensiv an der Diskussion über diesen Gedenkort beteiligt.“ ■

VERKEHRSKONZEPT RUND UM DAS UNIKLINIKUM

City-Linie und zusätzliche Parkhäuser

Der Verkehr rund um das Universitätsklinikum soll neu geordnet werden. Mit der zwischen Stadt und Klinikum abgestimmten Planung soll die Erreichbarkeit des Klinikums verbessert und der hohe Parkdruck rund um die Kliniken gemildert werden.

Ein zentraler Baustein ist eine neue „City-Linie“, die mit kleineren Bussen – wenn verfügbar, mit Elektroantrieb – vom Großparkplatz über die Altstadt und die Universitätskliniken zum Zollhaus verkehren soll – möglicherweise auch als Ringlinie, die dann über die Universitätsstraße und den Hauptbahnhof zum Großparkplatz zurückfahren würde. Die Einrichtung der City-Linie soll im kommenden Jahr vorbereitet werden. Da noch einige Vorarbeiten für die Linie notwendig sind, wird sie allerdings voraussichtlich erst 2020 starten können.

Zweiter Baustein ist die Planung von Parkmöglichkeiten direkt im Umfeld des Klinikums. Dazu werden Standorte für Parkhäuser an der Palmsanlage (auf einem

heutigen Parkplatz für Beschäftigte der Universität) und neben dem künftigen Chirurgischen Zentrum auf ihre Machbarkeit geprüft.

Die SPD-Fraktion begrüßt das neue Verkehrskonzept. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Philipp Dees dazu: „Wir wollen das Klinikum als Maximalversorger in unserer Stadt halten. Dafür muss es auch optimal zu erreichen sein. Mit dem Verkehrskonzept an der Neuen Straße und der neuen City-Linie vom Großparkplatz zu den Kliniken erreichen wir genau dies. Und natürlich muss es für die Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keine längeren Strecken zu Fuß zurücklegen und nicht direkt oder vom Großparkplatz aus mit dem ÖPNV anreisen können, möglich sein, in direkter Kliniknähe zu parken. Deshalb unterstützen wir das Klinikum dabei, an der Palmsanlage und beim Chirurgischen Zentrum zusätzliche Parkhäuser zu schaffen.“ ■

ZUKUNFTSPROGRAMM FÜR DIE GRUNDSCHULEN

Schulsanierungsprogramm wird erheblich erweitert

„Eine visionäre Planung mit Mut und Weitblick“, nennt Sandra Radue, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, den Beschluss zum Zukunftsprogramm für Grundschulen, der bereits im Dezember im Stadtrat beschlossen wurde. Damit bereitet sich die Stadt Erlangen intensiv auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter vor, der für das Jahr 2025 erwartet wird.

Die Betreuung von Grundschulkindern soll perspektivisch in enger Kooperation zwischen den Schulen und den Einrichtungen der Jugendhilfe erfolgen und – wo möglich – auch „unter einem Dach“. In einem ersten Schritt sollen die Planungen für fünf Grundschulen vorangetrieben werden, nämlich die Friedrich-Rückert-Schule, die Pestalozzischule, die Hermann-Hedenus-Schule, die Mönaschule und die Michael-Poeschke-Grundschule. Grundla-

ge für diese Priorisierung waren genaue Untersuchungen des Schulumfelds, die bisherige bauliche Situation und die zu erwarteten Schülerzahlen sowie der prognostizierte Betreuungsbedarf.

Das Investitionsvolumen für die fünf Maßnahmen, die aus Sicht von Stadtrat und Verwaltung notwendig sind, beträgt 80 bis 90 Millionen Euro. Diese sollen zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm aufgebracht werden.

„Als familienfreundliche Stadt bietet Erlangen bereits jetzt schon qualitätsvolle und bedarfsgerechte Kinderbetreuungs-

und Bildungsangebote. Diese Position wollen wir halten und deshalb müssen wir jetzt auch die Grundschulen baulich fit für den Ganzttag machen“, erläutert Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth. Auch Oberbürgermeister Florian Janik begrüßt den einstimmigen Beschluss: „Wir freuen uns, dass in unserer Stadt viele Kinder geboren werden und Familien hier gerne leben. Und wir wollen auch in Zukunft alles dafür tun, dass es für alle Kinder in unserer Stadt beste Betreuungs- und Bildungsangebote gibt.“ ■

RUNDE GEBURTSTAGE BEI DER SPD-FRAKTION

Dieter Rossmeissl wurde 70, Robert Thaler 75

Kultur durfte natürlich nicht fehlen beim Empfang zum 70. Geburtstag unseres früheren Kulturreferenten Dieter Rossmeissl: Lea Schmocker glänzte mit einem sehr persönlich konzipierten und wirkungsvoll in Szene gesetzten literarischen Beitrag von DaDa bis zu philosophischen Betrachtungen über „große Männer“ und die beiden kubanischen Jazzler Alberto Diaz (Klavier) und Denis Rodriguez-Cuni (Posaune) sorgten mit ihren persönlich interpretierten Jazz-Standards für weltläufigen Klang. Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister und Oberbürgermeister Florian Janik würdigten die Arbeit Rossmeissls und dankten ihm für 17 Jahre sozialdemokratische Kultur-, integrative Jugend- und emanzipatorische Bildungspolitik.

Auch unserem langjährigen Fraktionsmitglied Robert Thaler, der im Dezember seinen 75. Geburtstag feierte, gratu-



lierten bei einem gemeinsamen Empfang von Stadt, SPD-Fraktion, SPD-Kreisverband und Sportverband zahlreiche Weggefährter*innen. Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister dankte ihm für seine kompetente Arbeit im Bereich Planen und Bauen, Oberbürgermeister Florian Janik für sein Engagement als Stadtrat und die sehr erfolgreiche ehrenamtliche Tätigkeit im Erlanger Sport. Der Vorsitzende des Sportverbands, Matthias Thurek, erinnerte an den herausragenden Einsatz seines Vorgängers Robert Thaler für die Weiterentwicklung der Erlanger Sportlandschaft. Nasser Ahmed, sportpolitischer Sprecher der Nürnberger SPD-Fraktion, stellte in seiner Rede Herausforderungen und neue Ansätze der kommunalen Sportpolitik dar, bei der es künftig gilt, die Sportvereine in ihrer integrativen Funktion zu stärken und sich neuen Sportarten wie dem E-Sport zu öffnen. ■